

1. *Ja*
2. *Ja*
3. *Ja*
4. *Ja*

„Europa muss beim Klimaschutz die Führungsrolle übernehmen und das Pariser Abkommen aus dem Jahr 2015 in die Tat umsetzen. Wir wollen, dass die EU alle möglichen Anstrengungen unternimmt, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Ein europäisches Klimagesetz mit verbindlichen CO2-Budgets soll rechtlich den Weg ebnen, um die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 % zu senken und bis spätestens 2050 treibhausgasneutral zu sein. Unser Klimaschutz-Erfolgspfad sieht vor, den Anteil erneuerbarer Energie bis 2030 auf 45 % zu heben und bis 2050 100 % zu erreichen. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise einzudämmen und die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad zu halten. Bei der Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % bis 2030 im Vergleich zum Jahr 1990.“ EP-Wahlprogramm 2019

Wir wollen die europäischen Bahnverbindungen ausbauen und das Kerosinprivileg für den Flugverkehr europaweit ausbauen. In der Landwirtschaft soll klimafreundliche, biologische Produktion gefördert und die Förderungen für die Agroindustrie abgestellt werden. Zertifikate müssen einen angemessenen Preis erhalten. Stop aller Subventionen für Kohle und AKW.

5. *Ja*
6. *Ja*
7. *Ja*
8. *Ja*
9. *Ja*

„Klimaschonendes Verhalten muss sich lohnen – für Unternehmen und für jede\*n Einzelne\*n. Das Steuer- und Abgabensystem wird bei der grünen ökosozialen Steuerreform schrittweise so umgebaut, dass Arbeit weniger, Schadstoffe und Ressourcenverschwendung stärker besteuert werden. Als Teil eines umfassenden Gesamtkonzepts schafft die Einführung eines ansteigenden CO2-Mindestpreises Fairness und berücksichtigt Kosten von Umweltschäden mit. Diese Reform ist aufkommensneutral: Einnahmen werden für die Entlastung des Faktors Arbeit für Unternehmen sowie für einen Öko-Bonus verwendet, der allen Bürger\*innen direkt zugutekommt. Beim Umsteuervolumen von 8 Milliarden Euro wird dieser Bonus bei jährlich rund 500 Euro pro Person liegen. Idealerweise muss ein funktionierendes CO2-Preissystem auf internationaler Ebene eingeführt werden, aber wir haben keine Zeit zu verlieren. Österreich muss zu den voranschreitenden Ländern wie Schweden, Dänemark und der Schweiz aufschließen und im nationalen Rahmen aktiv werden. Um den Re-Import von CO2-Emissionen durch Einfuhren aus anderen Staaten zu vermeiden, sollen beispielsweise Mindestzölle für CO2-intensive Produkte an den EU-Außengrenzen etabliert werden. Zudem brauchen wir hohe Produktstandards und Transparenz, die auch über eine entsprechende Handelspolitik international vorangetrieben werden.“ NR\_Wahlprogramm 2019

10. Ja
11. Ja und das jährlich.
12. Ja wie beispielsweise die 3. Piste, Lobautunnel oder die Waldviertelautobahn lehnen wir ab.
13. Ja für Inlandsflüge als ersten Schritt
14. Ja

Die Grünen treten für eine Sanierungsoffensive, die mindestens zu einer Verdoppelung führt ein. Wir wollen den Umstieg auf erneuerbare Heiz- und Kühlsysteme erleichtern, im Neubau einen Null-Emissionsstandard rechtsverbindlich verankern und die Sanierungsrate durch entsprechende Förderungen wesentlich erhöhen.

### **„SANIERUNGSRATE ERHÖHEN**

Thermische Sanierungen machen uns unabhängiger von teuren Öl- und Gasimporten und schaffen tausende Arbeitsplätze. Mit einer gesamthaften thermischen Sanierung können wir aus heutiger Sicht den Energieverbrauch für Raumwärme in Österreich mehr als halbieren. Seit Jahren kann Österreich jedoch die angestrebten Sanierungsraten von 2-3% nicht erreichen: Förderungen wurden zurückgefahren, steuerliche Anreize nicht geschaffen. Die Wohnbauförderung für

Sanierung und ökologischen Neubau muss wieder zweckgewidmet werden. Zudem wollen wir eine Förderoffensive und steuerliche Begünstigung für die thermische Sanierung, vor allem für Haushalte mit geringem Einkommen. Rechtliche Maßnahmen sollen helfen, thermische Sanierungen zu erleichtern, insbesondere in Zinshäusern. Der gesamten Bestand an Heizungsanlagen muss regelmäßig überprüft werden, und zwar sowohl die Wärmeerzeuger selbst als auch die Wärmeverteilungssysteme.

### **DEN UMSTIEG AUF ERNEUERBARE HEIZ- UND KÜHLSYSTEME ERLEICHTERN**

Neben der Energieeinsparung müssen wir den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme im Gebäudebereich vorantreiben. Es braucht einen Einbaustopp nicht nur für neue Öl-, sondern auch für Gasheizungen. Zudem muss ein konkreter Plan für den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Heizformen im Bestand entwickelt werden. Trotz entsprechender Ziele waren die Fördermittel für den Ausstieg privater Haushalte aus Öl und Gas rasch erschöpft: Der Topf für den Raus-aus-Öl-Bonus war 2019 nach nur 3 Monaten leer. Dabei rechnet sich jede Investition in die Energiewende doppelt und dreifach. Wir wollen daher eine bundesweite und mit den Ländern abgestimmte Förderoffensive für den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Heizsysteme. Diese kann das Ende der zuletzt wieder gestiegenen Zahl umweltschädlicher Ölheizungen innerhalb weniger Jahre besiegeln. Vor dem Hintergrund des stark steigenden Kühlbedarfs muss darüber hinaus auch das Thema Gebäudekühlung auf Basis erneuerbarer Energie künftig mehr Gewicht erhalten.

### **NEUBAU: STANDARDS RICHTUNG NULL-EMISSION**

Der Raumwärmebereich ist ein Schlüssel zur Erreichung der Klima- und Energieziele – insbesondere weil Maßnahmen im Gebäudebereich langfristig wirksam sind. Um den Energieverbrauch zu reduzieren, muss der Raumwärme- und Warmwasserbedarf pro Quadratmeter dringend deutlich gesenkt werden. Baustandards in Neubau und Sanierung sollen sich daher laufend an den besten verfügbaren technischen Standard im niedrigsten Energiebereich anpassen. Dafür braucht es bundeseinheitliche Mindeststandards in der Bauordnung (Verfassungsgesetz). Bei Neubauten oder bei Heizungssanierungen sollen nur noch Heizsysteme auf Basis erneuerbarer Energie eingebaut werden, d.h. keine Öl- und Gasheizungen im Neubau. **NR-Wahlprogramm von 2019**

15. Ja

16. Ja

### **KLIMAFREUNDLICHE MOBILITÄT STATT ZERSIEDELUNG**

In Österreich hat die Anzahl der PKW erstmals die Fünf-Millionen-Marke überschritten. Wesentlich getrieben wird diese Entwicklung durch Zersiedelung sowie das Wohnen und die Ansiedelung von Einkaufszentren außerhalb von Orten. Wir wollen die Distanzen reduzieren, die Bürger\*innen im

Alltag zurücklegen müssen. Eine verkehrssparende Raumordnung soll über den Finanzausgleich und andere Instrumente erreicht werden; damit wird eine nachhaltige Raumplanung, ein Stopp der Zersiedelung, die Förderung der innerörtlichen Nahversorgung und verbesserte ökologische Vorgaben für Betriebsansiedelungen den Weg von den Sonntagsreden in unseren Lebensraum geschaffen.

### **RAUMORDNUNGSINSTRUMENTE WEITERENTWICKELN**

Klimaschutz soll in der Raumordnung und -planung gesetzlich verankert werden und integrative Strategien zum Klimaschutz sind zu entwickeln und umzusetzen. Verkehrs-, Energie- und Raumplanung sollen unter dem Aspekt einer energieeffizienten Siedlungsentwicklung aufeinander abgestimmt werden. Es braucht bundesweite Mindeststandards und verbindliche regional ausgestaltete Zielwerte als Obergrenze des Flächenverbrauchs, weil unverbindliche Zielwerte (wie bspw. aus der Nachhaltigkeitsstrategie mit max. 2,5 ha pro Tag) folgenlos bleiben. Nur so werden naturnahe Lebensräume als ökologische Vorrangflächen des Naturschutzes ausgewiesen, Siedlungsräume maßvoll verdichtet und Erholungsgebiete geschützt. Ziel ist die Verringerung des Flächenverbrauchs, auch dadurch, dass der Wettbewerb um Kommunalsteuereinnahmen zwischen den Gemeinden durch neue finanzielle Ausgleichsmechanismen beschränkt wird.

### **ERHALT DER NAHVERSORGUNG UND DER ÖFFENTLICHEN DIENSTLEISTUNGEN**

Die Revitalisierung leerstehender Industrie-, Gewerbe- und Wohnimmobilien ist hier eine zentrale Herausforderung. Wir forcieren die Leerstandsbewirtschaftung in den Orts- und Stadtkernen z.B. durch Crowdfunding-Konzepte und Raum für Einpersonenernehmen, Jugendzentren oder Kunst und Kultur. Nahversorgung und eine lokale Kreislaufwirtschaft sollen spezifisch gefördert werden: So werden Ortskerne auch im ländlichen Raum wieder belebter Mittelpunkt der Gemeinden, für Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs – samt öffentlicher Verkehrsmittel in unmittelbarer Nähe.

### **ENERGIERAUMPLANUNG VERANKERN**

Raumstrukturen für Energieversorgung haben maßgeblichen Einfluss auf langfristige Emissionsentwicklungen. So ist der weltweite Trend zur Verstädterung eng mit der Frage verknüpft, wie die Stadt der Zukunft aussieht. Ebenso ist die ländliche Entwicklung in einem Land wie Österreich – mit Regionen von sehr unterschiedlicher Bevölkerungsdichte – zentral. Strukturen zu schaffen, welche die Abhängigkeit von fossiler Energie reduzieren und zugleich die Lebensqualität der Bewohner\*innen verbessern, ist unser Ziel. **NR-Wahlprogramm von 2019**

17. Ja

18. Ja

19. Ja

20. Ja

21. Ja

### **DIE KLIMAKRISE ALS BILDUNGSAUFGABE**

Der Umgang mit der Klimakrise und der Weg zu einer klimaverträglichen Wirtschafts- und Lebensweise stellen uns vor gewaltige Herausforderungen. Kinder und Jugendliche, die heute in die Schule gehen, werden in besonderem Maß vom globalen Temperaturanstieg betroffen sein und mit den Folgen der Klimakrise leben müssen. „Fridays for Future“ hat auf diesen Umstand mit weltweiten Schüler\*innen-Streiks eindrucksvoll aufmerksam gemacht: Die Jungen streiken für ihr Leben. Wir brauchen ein zukunftsorientiertes Bildungswesen, dass statt dieses Engagement zu sanktionieren, auf allen Ebenen intensiv zur Sensibilisierung und zum Wissen über Klimaveränderungen und nachhaltige, klimafreundliche Lebensstile beiträgt – nicht zuletzt weil den Jugendlichen eine wichtige

Rolle als Multiplikator\*innen bei Eltern, Verwandten und im Freund\*innenkreis zukommt. Die Klimakrise stellt in einem umfassenden Sinn eine Bildungsaufgabe dar: Ein hochqualitatives Bildungsangebot – in der Schule, im Rahmen der dualen Ausbildung oder an akademischen Einrichtungen – ist Voraussetzung für das Bewältigen der Krise. **NR-Wahlprogramm von 2019**

22. Ja

23. Ja

24. Ja